

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

87. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 8. Juni 2006

Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden

Vizepräsidentin Michels: Danke schön, Frau Oesterheld! - Nunmehr erhält für die SPD-Fraktion der Herr Abgeordnete **Schimmler** das Wort. - Bitte sehr!

Schimmler (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat, dass so viele Nullen in der Fraktion der Grünen sind, haben wir auch nicht immer vermutet.

[Henkel (CDU): Wir ja! - Frau Ströver (Grüne): Sie sind die oberste!]

Als wir am letzten Sitzungstag des Untersuchungsausschusses fertig gewesen sind und der Vorsitzende feststellte, dass der mit allen Anlagen ca. 900 Seiten umfassende Bericht des Ausschusses angenommen worden sei, haben viele aufgeatmet, angesichts mancher schwer nachvollziehbaren Wünsche mancher Ausschussmitglieder auch die Mitarbeiter der Verwaltung. Dem Dank des Ausschussvorsitzenden an die Kollegen Hoffmann, Keßler, Rama und Frau Spangenberg möchte ich mich im Namen meiner Fraktion ausdrücklich anschließen.

[Beifall bei der SPD]

Ich danke an dieser Stelle auch für die gute Leitung und das Aufeinanderzugehen, um alle in das Boot zu bekommen, dem Vorsitzenden Frank Zimmermann.

[Beifall]

Aus dem Bericht des Ausschussvorsitzenden wie auch den Darstellungen von Frau Oesterheld ist deutlich geworden, dass die Arbeit nicht immer einfach war. Oftmals mussten Dokumente nachdrücklich von der Bankgesellschaft eingefordert werden. Manchmal waren sie so sehr geschwärzt, dass sie keinerlei Aussagewert mehr hatten. Das hat uns nicht geholfen. Das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen, früher Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, war sicher froh, dass der zuständige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium - man könnte fast fragen: wunschgemäß? - keine Aussagegenehmigung erteilte, war doch der heutige Präsident des Amtes in der Gründungsphase der Bankgesellschaft derjenige, der diese Gründung seitens der Aufsichtsbehörde leitete. Welche Fehler gemacht worden sind, zeigen der Ausschussbericht und der Bericht des Vorsitzenden deutlich auf.

Die Bankgesellschaft wie das Bundesamt für Finanzdienstleistungen haben aber auch nach Kenntnis der wesentlichen Inhalte des Ausschussberichts, die wir ihnen zur Verfügung gestellt haben, gefordert, dass wesentliche Teile nur VS-Vertraulich und nur im geheimen Datenraum des Abgeordnetenhauses veröffentlicht werden dürfen. Dem ist der Ausschuss nur teilweise gefolgt. Es sind wenige Punkte, die Sie im Bericht markiert finden. Wir konnten uns dabei auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Untersuchungsausschüssen des Bundestages zum Flick-Komplex und dem Problem Neue

Heimat. einer gänzlich privaten Gesellschaft, bei der ebenfalls Daten herausgegeben werden mussten, berufen.

Der Untersuchungsausschuss Bankgesellschaft unterscheidet sich von vielen Untersuchungsausschüssen dadurch, dass alle Teilnehmer ein Aufklärungsinteresse hatten. Zwar haben die Oppositionsparteien dem Bericht einen eigenen Teil der Einschätzung der Ergebnisse angefügt - so forderte die FDP wie auch heute mit einem Antrag, alle wirtschaftlichen Beteiligungen des Landes Berlin sofort zu verkaufen, so z. B. alle Wohnungsbaugesellschaften -, aber das ist sicher teilweise Wahlkampfkolorit.

[Zuruf des Abg. Krestel (FDP)]

Wenn in Ihrem heutigen Antrag für das, was abgelaufen ist, sozusagen als Titel steht: „Das Berliner System der Staatswirtschaft“ oder „Die Ineffektivität der Staatswirtschaft Berlin“, kann ich Ihnen nur sagen: Die Manager, die in der Bankgesellschaft Mist gebaut haben, haben versucht, sich so darzustellen, als seien sie die größten Privatbanker Deutschlands, und dabei haben sie genauso Mist gebaut wie die Hypo-Vereinsbank und die Deutsche Bank mit ihrem Herrn Schneider. Sie haben versucht, kleine Kapitalisten zu spielen. Wären es vernünftige Staatswirtschaftler gewesen, wären sie vorsichtiger gewesen!

[Gelächter bei der FDP]

Hätten sie lieber zugehört, was eine Mitarbeiterin des Rechnungshofes in der Frühphase gesagt hat! Leider ist der Senat auf diese Anregung nicht eingegangen. Augenscheinlich hat man das nicht einmal gelesen. Sie hat damals schon schlicht und einfach diese Kette der Haftung aufgezeigt. Hätte man sich daran gehalten, dann wäre einiges nicht passiert!

[Dr. Lindner (FDP): Hätte! Wennste!]

- Ja- (las ist manchmal so bei rückwirkenden Betrachtungen!

Wir konnten einen einheitlichen Bericht erstellen, dem alle mit Ausnahme des Kollegen Stadtkewitz zustimmten. Er hat deutlich gesagt, dass er in den wesentlichen Punkten zustimme, und hat nur einige Anmerkungen insbesondere zur Person Landowsky gemacht, die er sicher nachher noch vortragen wird. Anders als Herr Braun, der Vorsitzende des Ausschusses zur Tempodrom-Affäre, der, keinerlei Neutralität achtend, sich bei seinem Bericht im Plenum nur bei den Oppositionsparteien bedankte, hat Lind einseitig Wunschergebnisse vortrug, hat der Vorsitzende Frank Zimmermann einen Bericht vorgetragen, der deutlich macht, dass ein Untersuchungsausschuss auch jenseits aller parteipolitischen Querelen ein Aufklärungsinteresse in der Sache hat und das auch erfolgreich zu Ende führen kann.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS)

Im Ergebnis der Befunde wird deutlich, dass die gesamte Politik dem Größenwahn einer vermeintlich expandierenden Stadt erlegen war. Vielleicht mit Ausnahme der Abgeordneten der Grünen. Michael Schreyer, die frühzeitig gewarnt hat.

[Klemm (Linkspartei.PDS): Harald Wolf auch!]

Man glaubte den Prognosen zum Wachstum der Stadt. Das kann man nicht vorwerfen, aber man steuerte auch nicht um, als sich Mitte der neunziger Jahre die Prognosen änderten. Auch die Sozialdemokraten waren blauäugig und haben selbst bei ihren Aussagen im Untersuchungsausschuss nicht erkannt, dass ihre Entscheidungen falsch waren. Insoweit hat Frau Oesterheld durchaus Recht: Es ist ein Kind der großen Koalition und der damaligen Zeitentwicklung. Getoppt wurde allerdings diese Haltung des Nicht-Erinnern-Wollens durch

den damaligen Senator Pieroth, der sich an nichts erinnern konnte, nicht einmal, wer sein damaliger Parlamentsreferent war, nämlich der im Saal anwesende heutige Fraktionsvorsitzende der CDU, Nicolas Zimmer.

[Zimmer (CDU): Was soll ich dazu sagen?]

- Er musste damals ja selbst lachen, als er das hörte!

Auch der Versuch, die Rolle von Klaus-Rüdiger Landowsky herunterzuspielen, übersieht im Vergleich mit dem immer wieder zitierten Ditmar Staffelt, dass der eine von ihnen in der Bank beschäftigt war, und zwar in herausragender Tätigkeit,

[Frau Dr. Schulze (Linkspartei.PDS): Das wussten Sie doch!]

sozusagen an den Schaltstellen dieser Bank saß und nicht, wie man manchmal denken könnte. wenn man manche Äußerungen über ihn hört, in der Rolle eines Frühstücksdirektors, sondern in der Rolle eines Mannes, der richtig zugehört hat. Das ist ein beträchtlicher Unterschied.

Ein besseres Licht auf die Politik warfen andere, zum Beispiel die gerade von Frau Oesterheld zitierte Annette Fugmann-Heesing. Sie war eine der wenigen Aufsichtsratsmitglieder, die konsequent nachgefragt und die Fondskonzeption hinterfragt haben.

[Eßer (Grüne): Da ist aber viel bei herausgekommen!]

- Lassen Sie mich doch erst ausreden! Sie müssen doch nicht immer dazwischenrufen! - Auch sie wurde abgespeist mit Wirtschaftsprüfungsberichten. Sie hat dann - das ist bei vielen Aufsichtsratsvorsitzenden immer wieder festzustellen. die viele Jahre ein derartiges Amt bekleiden - irgendwann nicht mehr nachgehakt. Man hätte es natürlich versuchen können. Aber das lag in der Leit. Heute haben wir nicht mehr diesen Glauben an Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, wie das damals der Fall gewesen ist. Der Untersuchungsausschuss jedenfalls hat diese Zuversicht in die Vorschläge von Wirtschaftsprüfungsberichte verloren. Wir haben deshalb im Ausschuss Vorschläge zur Prüfung schärferer Haftungsregelungen und Strafbestimmungen für leichtfertige Wirtschaftsprüfungsberichte gemacht. Es kann nicht sein, dass testiert wird, dass alles in Ordnung ist, und man dann nach drei Monaten kommt und sagt: Das haben wir so nicht gemeint!

[Beifall bei der SPD]

Auch hinsichtlich der Blockadehaltung des BaFin hat der Ausschuss auf Vorschlag der SPD-Fraktion eine Neuregelung vorgeschlagen. Es darf nicht sein, dass eine der obersten Bundesbehörden, die allein befugt ist, eine landeseigene Bank zu prüfen, einem Untersuchungsausschuss, also dem Vertreter des Eigentümers, keine Information über die eigenen Erkenntnisse gibt und das auch noch damit begründet, dass es eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gebe. Das war dummerweise auch noch eine für Akten des Bundesamts für Verfassungsschutz aus Anlass der Schießerei vor dem Israelischen Konsulat. Das kann man doch wohl nicht miteinander vergleichen! Das wäre so, als wären wesentliche außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland betroffen. Dabei ging es nur darum, dass aufgeklärt werden sollte, welche Kenntnisse eine Prüfungsgesellschaft über das hat, was in der Bank gelaufen ist. Die Denkweise ist schon allein bemerkenswert. Deshalb hatten die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland - alt - Recht, als sie in den sechziger Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagten, als die Bundesregierung damals an den Ländern vorbei - früher war das Ländersache - das Bundesamt für das Kreditwesen errichten wollte. Die Länder sind damals bedauerlicherweise am Bundesverfassungsgericht gescheitert.

Im Ergebnis hat der Untersuchungsausschuss gezeigt, wie Großmannssucht, Überzogener Zukunftsglaube, das persönliche Bestreben, daran zu partizipieren, der politische Wille, die Stadt nach vorn zu bringen, die Unfähigkeit, das Beteiligungsmanagement der Stadt zu organisieren, organisierte Verantwortungslosigkeit in der Ausführung und persönliche Unfähigkeiten dazu führten, dass die Bundeshauptstadt zurzeit nicht spart, bis es quietscht, sondern alle Anstrengungen und Aktivitäten unternimmt, um nicht die 21 Millionen € der Risikoabschirmung Realität werden zu lassen. Dabei sind Klaus Wowereit, Thilo Sarrazin und der Senat auf einem guten Weg, wie wir regelmäßig aus den kontinuierlichen Berichten erfahren.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]

Manche Bankmanager, die mit monatlichen Pensionen um die 30 000 € nach Hause gehen, sind allerdings nicht auf dem richtigen Weg. Hier muss die Bank immer noch einmal überlegen, nachdem sie schon einige Prozesse in den Sand gesetzt hat - Frau Oesterheld hat zu Recht darauf hingewiesen -, ob nicht im Zug der gerade laufenden Strafverfahren noch einmal erneut auch an die zivilrechtlichen Fragen gedacht werden sollte. Der Untersuchungsausschuss hat jedenfalls den Eindruck gehabt, dass die Bank dabei nicht immer mit dem notwendigen Nachdruck vorgegangen ist. Für einen Hartz-IV-Empfänger sind solche Ergebnisse wirtschaftlichen Fehlverhaltens nicht nachvollziehbar. Man kann die Bank nur auffordern, neben dem guten Ergebnis, das sie jetzt langsam erwirtschaftet, auch noch diesen Weg des Gerichtsverfahrens zu wählen, um mit Schadensersatzforderungen gegen die entsprechenden Verantwortlichen des Skandals vorzugehen.

Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit mit allen Kollegen des Ausschusses und hoffe, dass wir einen solchen Ausschuss nie wieder einsetzen müssen.

[Beifall bei der SPD und der Linkspartei.PDS]